

# ZeitZeugenBrief

Wir organisieren und vernetzen Erinnerungsarbeit ❖

## Vorwort

**Von Eva Geffers**

In der Septemбераusgabe des Zeitzeugen-Briefes berichten wir zu Beginn ausführlich über zwei neue Zeitzeug:innen, die sich im „Halbkreis“ vorgestellt haben:

Frau G. beschreibt ihre Erfahrungen mit der Rettungsorganisation „Storch“, berichtet über ihr Leben in England nach dem Kriegsende und über Berührungen mit der Studentenbewegung in Berlin in den 70er Jahren.

Herr B. lässt uns an seiner Berufstätigkeit als Richter in der DDR teilhaben.

Wieder einmal bestimmt der Krieg die Themen der folgenden Artikel, z.B. die bedrohliche Situation von Veteranen, die nach dem Krieg aus Deutschland in ihr Heimatland Russland zurückkommen (Ausstellung Museum Karlshorst)

Ausgelöst durch den aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine geht es im nächsten Artikel um das „Finnlandisieren“ Deutschlands. Dieser schon zu Zeiten des Kalten Krieges verwendete Begriff wird von dem Autor ausführlich erläutert.

Und im folgenden Artikel werden Erinnerungen an Notsituationen zu Kriegsende 1945/46 beschrieben, die durch den Ukraine-Krieg und seine Folgen für uns ausgelöst wurden und die wir im kommenden Winter in ähnlicher Weise zu bewältigen haben.

Im letzten Artikel geht es um Diffamierungen und Antisemitismus vor und nach dem 2. Weltkrieg.

Der Hinweis auf TEA dürfte auch diesmal ihr Interesse finden, genauso wie der neue Schreibauftrag und die Ankündigung neuer Zeitzeugenvorträge.

## Ein „Halbkreis“ über den Dächern – fast Von Klaus-Dieter Pohl



Doris Starford

Foto: Dagmar Behrendt

Am 4.7. fand wieder ein „Halbkreis“ in den Räumen der Wein & Vinos GmbH in der Hardenbergstraße statt, im „Dachgeschoss, mit Fahrstuhl“, wie es die Ankündigung im ZZBrief versprach.

Inhalt	
Geffers: Vorwort	1
Pohl: Ein „Halbkreis“ über den Dächern	1
Schneider: Vortrag von Frau Dr. Meyer	4
Berger: Wie Deutschland...	5
Böhm: Von Fußsäcken...	8
Genin: „Du Jude!“	9
TEA Berlin	10
Gratulationen	11
Schreibauftrag	11
Ankündigungen	12

Frohen Mutes – die Sommerhitze machte gerade eine kleine Pause – näherte ich mich der Hausnummer 9a und musste feststellen, dass der Aufzug „vorübergehend außer Betrieb“ ist. Den Aufstieg geschafft, Leute wiedererkannt, die man lange nicht gesehen hatte und den Ausblick über die Dächer genossen, begann nach einleitenden Worten von Frau Geffers ein Stück Normalität, nämlich ein „Halbkreis“ „wie gewohnt“.

Zunächst berichtete Frau **Doris Starford** aus ihrem Leben. Und wenn ich meine während ihrer Ausführungen gemachten Notizen betrachte, vermittelt sich mir ein Bild, als wenn sie mit uns ein Fotoalbum durchblättern hätte.

1944 in Spandau während eines Bombenangriffs geboren, der Vater in den letzten Kriegstagen gefallen und die Mutter nun alleinerziehend – mit zwei Kindern, die als „Schlüsselkinder“ aufwuchsen.

Im britischen Sektor organisierte die – später so genannte – Schutzmacht eine „Aktion Storch“ mit einer „Evakuierung“ zu Erholungszwecken nach Ostfriesland, an der Frau Starford mit ihrer Mutter und ihrer Schwester teilnehmen konnte. Den Beginn der Blockade im Juni 1948 erlebte sie auf einer Bahnfahrt von Berlin nach Frankfurt/Main. Der Halt am Grenzübergang Bebra, wo Soldaten mit auf die Waggonen gerichteten Waffen standen, ist ihr heute noch in lebhafter Erinnerung.

1950 eingeschult, erinnert sie sich noch an die Unruhe am 17.6. 1953 und die Sorge, dass wieder ein Krieg beginnen könnte. 1960 endete der Schulbesuch und sie begann in einer Arztpraxis eine Tätigkeit als Sprechstundenhilfe, wo auch ein Arzt der Charité praktizierte. Diesem gelang es, am 13.8.1961 gleichsam im letzten Moment, seinen „dauernden Aufenthalt“ nach West-Berlin zu verlegen.

Inzwischen mit einem britischen Militärangehörigen verheiratet, zogen die Eheleute 1964 nach Großbritannien. Vorbehalte ihr gegenüber als Deutsche hat sie nicht kennengelernt. Man war lediglich verwundert, dass sie nicht „rundlicher“, war und um die Ohren

keine aus Zöpfen geflochtenen „Schnecken“ trug – wie man sich eben eine „deutsche Frau“ auch 20 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges noch vorstellte.

Nach vier Jahren kehrten sie – mit mittlerweile zwei Kindern – zurück nach Deutschland, nach Berlin.

Frau Starford wollte wieder erwerbstätig sein und fand in den 70er Jahren eine Beschäftigung in einer Institutsverwaltung der FU, wo sie in die Auseinandersetzungen zwischen links-marxistischen Gruppierungen der Studentenbewegung und der Notgemeinschaft für eine Freie Universität hineinzugeraten befürchtete, denn mit den einzelnen Gruppenmitgliedern konnte man – wie sie betonte – gut auskommen, aber wenn die Gruppen in den Gremien, zum Beispiel dem Fachbereichsrat aufeinander trafen, gab es nur „Hauen und Stechen“, nicht wie man meinen könnte, um politische Fragen, sondern „einzig und allein um die Verteilung der Haushaltsmittel auf die einzelnen Institute.“

Später, ab 1985, war Frau Starford in der zentralen Verwaltung der FU tätig und mit organisatorischen Aufgaben, insbesondere der Durchführung von Zulassungsverfahren sowie der Organisation von Immatrikulations- und Rückmeldeverfahren betraut. Ein Teilaspekt der zu ihrem Aufgabenbereich gehörenden Studierendenberatung war auch das Problem der Langzeitstudenten, die über eine bestimmte Anzahl von Fachsemestern „eingeschrieben“ waren. Diese wurden dann zur Teilnahme an einer Studienberatung aufgefordert als Voraussetzung für eine zu Beginn jeden Semesters vorzunehmende „Rückmeldung“. Unterblieb die Teilnahme, war die Studentenzzeit zu Ende.

Dieser Teil ihres Berichts rief bei mir die Erinnerung an eine ähnliche Diskussion bereits Mitte der 60er Jahre hervor, als die Idee einer Zwangsexmatrikulation vom AStA mit dem – nicht ganz ernstgemeinten – Argument abgelehnt wurde, dies sei angesichts der Qualität des Mensa-Essens entbehrlich, weil man dies ohnehin nicht

länger als unbedingt nötig zu sich nehmen wolle.

Das zweite Viertel dieses „Halbkreises“ galt **Karl-Heinz Baer**, einst Richter in der DDR, der – im ZZBrief März 2022 – selbst schon ausführlich über den zweiten Teil seines Berufslebens als Entscheider im Bundesamt für Flüchtlinge und Migration berichtet hat.



Karl-Heinz Baer Foto: Dagmar Behrendt

1952 geboren und aufgewachsen mit Eltern und Großeltern auf dem Lande im Raum Dresden – dem „Tal der Ahnungslosen“ – erfuhr er eine der Zeit entsprechende typische DDR-Sozialisation: Kindergarten mit 4, ab 1959 besuchte er für 8 Jahre die Grundschule. Er beteiligte sich an Ferienspielen und nahm an Ferienlagern teil, betreut u.a. von Studenten.

Am Ende der 8jährigen Grundschulzeit meinte der Direktor, dass aus dieser – Herrn Baers – Klasse keiner zur Oberschule käme. Herr Baer war's recht: Schule hatte für ihn ihren Reiz verloren. Aber es gab zu der Zeit in der DDR Experimente im Bildungsbereich mit der Folge, dass er auf verschiedenen Umwegen nicht nur einen Beruf erlernte, sondern auch das Abitur machte. Da er tech-

nisch – wie er meint – nicht begabt sei, entschied er sich nach dem Grundwehrdienst zum Jura-Studium an der Humboldt-Universität. (1974 – 1978). „Privat beworben“ begann er im Jahre 1978 am Kreisgericht Dresden-Land als „Richter-Assistent“ – ähnlich wohl dem Referendariat – und wurde 1979 für die üblichen fünf Jahre zum Richter gewählt. Sein Tätigkeitsfeld war überwiegend Strafrecht, in der ersten Instanz, also in erster Linie „Feld-, Wald- und Wiesenkriminalität“.

An dem Gericht waren sechs Richter, die alle Mitglied der SED waren. Da die wöchentlichen Parteiversammlungen gleichzeitig Dienstbesprechungen waren, war Herr Baers Eintritt in die SED im Jahre 1979 geradezu zwangsläufig.

Ab 1986 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Personalabteilung des Justizministeriums der DDR mit der Aussicht, danach eine vergleichbare Position am Bezirksgericht Dresden – vergleichbar einem Oberlandesgericht – anzutreten. Die historische Entwicklung hat anders entschieden.

Die Diskussion war angesichts des Themas ziemlich heftig, aber Herr Baer wich keiner Frage aus. Nur einige Beispiele: Einmal erhielt er vom Direktor des Gerichts die Weisung, einen Haftbefehl zu unterschreiben. Der Antrag war vom Bezirksgericht – vermutlich verlangt vom MfS – an das Kreisgericht geleitet worden. Herr Baer hat unterschrieben, denn „eine Weigerung hätte eine Rüge zur Folge gehabt“ und vermutlich seine Wiederwahl gefährdet. Verurteilungen wegen versuchter Republikflucht bzw. Beihilfe hierzu? Ja, aber weniger schwere Fälle. Standen Urteile „schon vorher fest?“ Bei ihm nicht. Anträge auf Aussetzung einer Reststrafe zur Bewährung ohne Bewährungsaufgaben? Auf seine diesbezügliche Frage erhielt er die Antwort: „Nicht nötig, der wird nach dem Westen abgeschoben“ – Vermutlich Freikauf. Wer hat über die Geschäftsverteilung im Gericht entschieden? Der Direktor.

Aber der Uhrzeiger schritt unbarmherzig fort und eine Reihe von Fragen blieben offen.

Wenn eine Amtszeit eines Richters in der DDR fünf Jahre betrug: Wann war die Wiederwahl? Gab es dabei Probleme? Hat er die Begrenzung auf fünf Jahre als Druck zum Gehorsam empfunden?

Was war der Reiz des Strafrechts? KSZE-Akte und Bestrafung wegen versuchter Republikflucht – Wie passt das zusammen? Hat er sich einmal um ein anderes Rechtsgebiet bemüht?

Was hat es zu bedeuten, dass er nach nur acht Jahren Richtertätigkeit an das Justizministerium ging/delegiert wurde, um dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter auf eine spätere Verwaltungsaufgabe vorbereitet zu werden, also nicht mehr „Spruch-Richter“ zu sein?

Leider werden diese Fragen unbeantwortet bleiben, denn Herr Baer hat sich entschieden, zurück zu gehen nach Dresden. Schade eigentlich, denn „Strukturen in der Justiz in Ost und West vergleichend beschreiben“ – so in der Ankündigung zum Halbkreis am 4.7. – ist ein geradezu unerschöpfliches Thema.

Und zum Schluss nur noch so viel: Der Aufzug zum „Wein- und Vinos-Gipfel“ soll – so wurde uns versprochen – beim nächsten „Halbkreis“ wieder funktionsfähig sein.

**Vortrag von Dr. Esther Meyer, 02.06.22 /  
Museum Karlshorst  
Sowjetische Kriegsgefangene:  
Rückkehr und Erinnerung  
Von Karen Schneider**

*Sagt man dir Liebste  
Dshail war müd  
Man hat ihn kampfflos niedergeschlagen  
Glaub es nicht, Liebste!  
Glaub kein Wort!  
Kein Freund wird dir so etwas sagen  
(Musa Dshali)*

Die „Unschuld“ zu beweisen, dass man nicht *kampfflos niedergeschlagen wurde* – diese Pflicht hatte nach dem zweiten Weltkrieg jeder sowjetische Kriegsgefangene, der in die Heimat zurückkehrte und bis auf weiteres unter dem Verdacht des Landesverrates stand. Das Regime unter Stalin misstraute allen, die die tragischen Verhältnisse in Gefangenenlagern überlebt hatten, nicht erschossen worden waren, verhungert oder an den vielfältigen Krankheiten der Umstände gestorben. Diese Rückkehrer mussten beweisen, dass es eine aussichtslose Situation gewesen war, die alternativlos und ohne Möglichkeit zur Gegenwehr zur Gefangenschaft geführt hatte, denn ohne diesen Nachweis war ein normales Leben in der alten Heimat ausgeschlossen. In der Regel war die Beweisführung schwierig zu rekonstruieren und berücksichtigte keine individuellen Umstände. Glück hatte man, wenn es noch einen lebenden Zeugen gab. Ansonsten wurden sowohl Dokumente der Wehrmacht als auch sowjetische Dokumentationen und Berichte von Überlebenden herangezogen, Briefe beschlagnahmt oder notfalls Hausdurchsuchungen durchgeführt. „Im Zweifel für den Angeklagten“ gab es bei dieser Nachweisführung nicht, im Zweifelsfall wurde der Verdacht des Verrats bestätigt. Das gleiche galt, wenn man aus der Gefangenschaft entlassen und für die Wehrmacht als Arbeitskraft eingesetzt worden war. Nach oft tragischen Haftbedingungen und Erlebnissen wurde damit



Museum Berlin-Karlshorst/Harry Schnitger.

für viele ehemalige sowjetische Soldaten die Rückkehr zur Familie alles andere als eine Reintegration in den Alltag. Das Stigma der Feigheit, Sanktionen im Bereich von Ausbildung oder Arbeitsleben, der Ausschluss aus der Partei sowie langwährende bürokratische Verfahren, Verhöre oder eine erneute Lagerhaft wurden für sowjetische Heimkehrer zu einem Folgeschicksal schon während, aber auch nach dem Krieg. Statt Gefangenenlager gab es nun Prüfungslager und Filtrationsakten. Dem Verfahren musste man sich bedingungslos und ausnahmslos stellen, auch dann, wenn man bereits vor der Rückkehr als Kollaborateur eingestuft worden war. Nach dem Krieg im Ausland zu bleiben, war ausdrücklich untersagt.

Erst nach Stalins Tod wurden viele inhaftierte ehemalige Gefangene aus den dafür eingerichteten Lagern entlassen, und seit 1966 gibt es ein Denkmal für den tatarischen Dichter und ehemaligen Kriegsgefangenen Musa Dshali und dessen Kameraden neben dem Kasaner Kreml. Oft waren es regional-lokale Gründe und Haltungen, warum aus einem „Verräter“ ein Opfer oder sogar Widerstandskämpfer werden konnte. Schriftsteller, Künstler und politische Aktivisten hatten sich bereits seit den 50er Jahren für ehemalige Kriegsgefangene eingesetzt, aber auch nach Stalins Tod kam eine Entlassung aus der Haft noch keiner vollständigen Wiedereingliederung in die Gesellschaft gleich. Die Filtrationsakten hatten bis in die 70er, vereinzelt sogar noch bis in die 90er Jahre Bestand. Erst im Jahr 1995 wurde in Russland ein Gesetz zur Rehabilitierung von ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen unter Präsident Jelzin erlassen.

Wie bei jeder Epoche ist es das eine, die gesellschaftlichen und historischen Zusammenhänge zu betrachten, und das andere, den Menschen dazu zu sehen. Auf dem Museums-Gelände in Karlshorst geht man an einer Reihe von Aufstellern vorbei, die mit kurzem Text sowohl verschollenen Soldaten als auch den etwa 2.5 Millionen zurückgekehrten Kriegsgefangenen ein Gesicht geben.

In dieser Reihe gibt es ein Foto von einem jungen Soldaten, der etwas erschöpft, aber auch erwartungsvoll in die Kamera schaut und vermutlich auf eine bessere Zukunft hofft. 1921 bis 1941 steht an der Stelle, an der sonst der Name vermerkt ist, die hoffnungsvollere Zukunft ist ausgeblieben, seine Identität unbekannt. Daneben viele müde Gesichter, die es zwar nach Hause geschafft haben, aber dort vom äußeren zum inneren Feind abgestempelt wurden. Im Saal, in dem Esther Meyer ihren Vortrag hält, sitzen schließlich Söhne von solchen Soldaten und die Betroffenheit dieser zweiten Generation hat sich über all die Jahre nicht legen können, der Schmerz wurde weitervererbt.

Ein Großvater wird erwähnt, der jedes Jahr im Mai, wenn seine Familie das Glas auf den Sieg im Großen Vaterländischen Sieg erhoben hat, sitzenbleiben musste und auch nicht anstoßen durfte – weil er zwar für die Sowjetunion in den Krieg gezogen, aber nicht als unbesiegbare Soldat zurückgekehrt war. Es werden sicherlich nie die unzähligen Geschichten zu Ende erzählt werden können, die noch nach 80 Jahren durch die Familien ziehen, an geliebte Menschen erinnern, aber auch eine so lange Reihe an Gesichtern ohne Namen sowie Namen ohne Gesichter hinterlassen.

### **Wie sich Deutschland freiwillig finnlandisierte Von Gabriel Berger**

Angesichts der kritischen Lage, in der sich die deutsche Energieversorgung seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine befindet, begann in Deutschland eine seit vielen Jahren fällige kontroverse Diskussion. Denn mit den Einfuhren von Erdgas, Öl und Kohle aus Russland finanziert Deutschland in erheblichem Maße Putins Krieg gegen die Ukraine, aktuell mit etwa 200 Millionen Euro pro Tag. Die Kosten des russischen Krieges werden dagegen auf etwa 20 Millionen Euro pro Tag geschätzt. Deutschland hat sich, besonders

durch die vielgepriesene „ökologische Energiewende“ auf unbestimmte Zeit fast vollständig von Importen der Energieträger aus Russland abhängig gemacht. Die Lage Deutschlands ist höchst prekär und peinlich, und sie wird in verbündeten Staaten zunehmend kritisch bewertet. In Deutschland suchen Politiker aller Regierungsparteien sowie der CDU/CSU nach Rechtfertigungen, um Fehler ihrer Parteien in der Vergangenheit in Sachen Energiepolitik wegen des angeblich nicht vorhersehbaren Krieges Russlands gegen die Ukraine klein zu reden oder auf eine andere Partei abzuwälzen. Dagegen versuchen sich ausländische Beobachter in tiefgründigen Analysen des Zustandes der Abhängigkeit von Russland, in die sich Deutschland in vergangenen Jahrzehnten selbst gebracht hat.

So erschien am 23.04.2022 in der finnischen Zeitung „Etelä-Suomen Sanomat“, deutsch „Südfinnische Nachrichten“, ein zweiseitiger Beitrag des finnischen Historikers Antero Holmila mit dem Titel „Als Deutschland sich finlandisierte“. „Finlandisierung“ war der abwertende Begriff, mit dem in der Zeit des kalten Krieges außerhalb Finnlands die politische Situation beschrieben wurde, in der sich Finnland nach dem 2. Weltkrieg befunden hat. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Staaten, die nach dem 2. Weltkrieg der sowjetischen Einflusszone angegliedert wurden, ihre Souveränität verloren und als sogenannte „volksdemokratische Staaten“ das politische und wirtschaftliche System der Sowjetunion übernehmen mussten, behielt Finnland den Status eines selbständigen Staates, allerdings von der Gnade Moskaus und unter erheblichen Gebietsabtretungen an die Sowjetunion. Finnland musste nicht nur politisch neutral und blockfrei sein, es musste auch in der Innenpolitik, in den Medien und in der Kultursphäre den Vorgaben des großen Nachbarn Folge leisten. Von solchen Restriktionen abgesehen blieb Finnland politisch und wirtschaftlich unabhängig. Die Sowjetunion behielt sich aber vor, sogar auf die Besetzung von politischen Spitzenposi-

tionen in Finnland direkten Einfluss zu nehmen. Hinzu kam die Verpflichtung Finnlands, die Wirtschaft auf die Belange Russlands auszurichten, was allerdings in manchen Bereichen Finnland zum Vorteil gereichte. Die Finlandisierung äußerte sich insbesondere in einer Selbstzensur, die sich Medien, Politiker, Universitätsprofessoren, Bürger in gehobenen Positionen auferlegten, um Konflikte mit der Sowjetunion zu vermeiden. Es wurde streng darauf geachtet, keine Informationen zu verbreiten, die das Ansehen der Sowjetunion schädigen könnten. Dieser Zustand permanenter politischer Einflussnahme und Erpressung Finnlands seitens des großen, atomar gerüsteten Nachbarn dauerte bis zum Untergang der Sowjetunion im Jahre 1991 und ist erst in den letzten Jahren in Finnland zum Gegenstand öffentlicher Diskussion und Kritik geworden, befeuert durch die expansive Politik Putins. Dabei wird oft die Frage aufgeworfen, ob sich finnische Spitzenpolitiker mehr als unbedingt nötig der Sowjetunion angebeidert hatten.

Finnland ist somit das Land, in welchem es am besten bekannt sein muss, worin die von der Sowjetunion erzwungene Finlandisierung bestanden hatte und wie sie sich in der Politik und im gesellschaftlichen Leben äußerte. Wenn also von dort der Vorwurf erhoben wird, Deutschland habe sich im Gegensatz zu Finnland freiwillig finlandisiert, indem es sich Russland übermäßig anbiederte und sich ohne einen äußeren Zwang in eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland begeben hat, müssen in Deutschland Alarmglocken läuten.

Der Begriff „Finlandisierung“ hatte in der Bundesrepublik Ende der sechziger und in den siebziger Jahren Konjunktur. Er wurde besonders von dem CSU-Politiker Franz Josef Strauß als ein Kampfbegriff gegen die von Willy Brandt eingeleitete Politik der Annäherung Deutschlands an die DDR, die Sowjetunion und die Ostblockstaaten verwendet. „Wandel durch Annäherung“ und „Wandel durch Handel“ waren die meist verwendeten Losungen der SPD-Entspannungspolitik.

Strauß befürchtete, dass eine zu starke Annäherung Deutschlands an den Ostblock eine Vernachlässigung der Verteidigungsbereitschaft bis hin zur Neutralität Deutschlands zur Folge haben könnte. Die von der Sozialdemokratie damals angestrebte Vereinigung Deutschlands als eines neutralen Staates hätte aber, so die Befürchtung von Strauß, eine Unterordnung Deutschlands unter die Belange der Sowjetunion zur Folge, mithin eine Finnlandisierung Deutschlands in dem oben für Finnland beschriebenen Sinne.

Nach Meinung des finnischen Historikers Antero Holmila hat die in den Folgejahren praktizierte Entspannungspolitik in der Tat zur weitgehenden Finnlandisierung Deutschlands auf freiwilliger Basis geführt. Die Stimmung, der Sowjetunion nicht weh tun zu dürfen, habe sich besonders durch die deutschen Schuldgefühle aufgrund des Überfalls Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion und des Holocausts etabliert. Diese Haltung sei nach dem Zerfall der Sowjetunion auf Russland übertragen worden, wobei meist ignoriert wurde, dass neben dem russischen Volk auch die Völker der anderen einst der Sowjetunion angehörenden Staaten einen hohen Blutzoll im Zweiten Weltkrieg entrichten mussten. In politischen Kreisen, besonders der Linken, der SPD, später auch der AfD, dominierte ein Verständnis für die Interessen Russlands, wobei meist die Interessen der Nachbarstaaten Russlands vernachlässigt wurden.

Die durch Schuldgefühle, besonders aber durch wirtschaftliche Interessen bedingte Annäherung Deutschlands an Russland war auf Seiten Deutschlands von dem trügerischen Glauben an einen russischen „Wandel durch Handel“ begleitet, den Glauben an eine Demokratisierung Russlands, der aber spätestens 2005 hätte angezweifelt werden müssen, als Putin den Zerfall der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts“ bezeichnet hat. Eine solche Diskussion fand aber in Deutschland nicht statt. Stattdessen wurde die wirtschaftliche Kooperation Deutschlands mit

Russland immer weiter vertieft, bis hin zu einer fast vollständigen Abhängigkeit Deutschlands vom russischen Gas und Öl. Ohne russisches Gas und Öl würden in Deutschland die meisten Wohnhäuser kalt werden und die Chemieindustrie zusammenbrechen. Diese Abhängigkeit hat sich durch das unter der Kanzlerin Merkel beschlossene Abschalten der Kernkraftwerke und den „ökologischen Umbau“ der Energieerzeugung weiter verschärft. Denn die deutsche „Energiewende“ mit gleichzeitiger Abschaltung von Atom- und Kohlekraftwerken ist nur realisierbar, wenn für den Grundlastbetrieb Gaskraftwerke verwendet werden. Zu der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland kam die weitgehende Entmilitarisierung Deutschlands hinzu, weil sich die Meinung durchsetzte, dass Deutschland keine Feinde hat. Die Bundeswehr wurde auf ein Minimum reduziert, das für die Kooperation mit der NATO unumgänglich war und war zum erheblichen Teil nicht einsatzfähig. Eine militärische Gefahr seitens Russlands stand nicht zur Debatte. In der deutschen Gesellschaft dominierte die pazifistische Haltung.

Die vertrauensvolle Kooperation mit Russland wurde selbst nach 2014 fortgesetzt, nachdem Russland der Ukraine die Krim geraubt und im Osten des Landes die abtrünnigen sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk installiert hatte. 2015, wurde das Projekt Nordstream 2 für eine zweite Ostseepipeline von Russland nach Deutschland, also unter Umgehung der Ukraine, aus der Taufe gehoben, zu einem Zeitpunkt, als die imperialen Pläne Putins allgemein, auch der Bundeskanzlerin Frau Merkel, bekannt sein mussten. Das Vertrauen Deutschlands in Russland blieb dennoch ungebrochen. Man berief sich dabei auf die einstige Kooperation der Bundesrepublik mit der Sowjetunion. Die Sowjetunion sei ganz unabhängig von weltpolitischen Krisen und Ost-West-Konflikten ein zuverlässiger, krisenfester Gas- und Öllieferant gewesen. Dasselbe sei von Russland zu erwarten. Zudem seien die langfristigen mit Russland vereinbarten Preise deutlich günstiger als die Weltmarktpreise. So kam es

also, dass Deutschland mit seinen Gas-, Öl- und Kohleimporten aus Russland zu einem der wichtigsten Finanziere des ehrgeizigen russischen Aufrüstungsprogramms geworden ist und nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im erheblichen Maße den russischen Krieg finanziert. Ein Stopp der Einfuhr der Energierohstoffe aus Russland, der den russischen Krieg zumindest verteuern, wenn nicht beenden würde, hätte nach Einschätzung von deutschen Wirtschaftsfachleuten und Politikern in Deutschland kalte Wohnungen und den Kollaps der Wirtschaft zur Folge.

So ist also Deutschland ohne einen Zwang und ohne Erpressung im hohen Maß von Russland abhängig geworden, wie ein Junkie von einem Dealer. Diesen Zustand und das in Deutschland, besonders innerhalb der SPD, weit verbreitete Verständnis für die russische Politik und die „russischen Interessen“ hat der Finne Antero Holmila als eine freiwillige Finnlandisierung Deutschlands bezeichnet.

### **Von Fußsäcken und Ohrenwärmern Von Günter Böhm**

Angenommen, ich hätte diesen Text im Jahre 1946 geschrieben: wie wären damals die äußeren Umstände gewesen? Die Raumtemperatur hätte 16 Grad betragen. Weil es Tag war, brauchte ich kein Lampenlicht. Die kalten Füße steckten in einem selbst genähten Fußsack. An den klammen Fingern trug ich Handschuhe, deren Spitzen abgeschnitten waren. Ich hatte eine dicke Jacke an und eine Mütze mit Ohrenklappen aufgesetzt. Zum Glück fand ich Schreibpapier, einen Bogen schob ich in die Reiseschreibmaschine mit farblich zweigeteiltem Farbband, rot und blau. Nun konnte es losgehen.

Die Wohnung, in der ich tippte, hatte Ofenheizung, so wie die meisten Wohnungen in Berlin. Doch der große Kachelofen war kalt, weil wir keine Briketts zu kaufen bekamen. Einen elektrischen Heizlüfter konnte ich nicht

einschalten, denn wie die meisten Leute besaßen wir keinen. Und man hätte ihn auch nicht nutzen können, weil Strom rationiert war und oft abgeschaltet wurde.

Es gab viele volle Wärmestuben. Auf einem Zeitungsfoto aus dem Winter 1929/30, das hier nicht reproduzierbar ist, ist ein riesiger Kanonen-Ofen in der Weddinger Ackerstraße zu sehen, um den sich Männer scharen, die eines gemeinsam haben: sie frieren. Solche Wärmestuben gibt es in Obdachlosen-Unterkünften nach wie vor. Und Sozialorganisationen schicken in der kalten Jahreszeit Kältebusse los, die Hilfsbedürftige betreuen.

### **Kälte, Hunger und kein Wasser**

Nach Ende des 2. Weltkrieges lugten Blechschornsteine aus vielen Fenstern, sie schickten dicke Qualmwolken in den Berliner Winterhimmel. Wer es möglich machen konnte, stellte Kanonenöfen auf. Sie verbreiteten schnell Wärme und wurden aber auch schnell wieder kalt. Die Kälte war nur eines unserer vielen existenziellen Probleme. Viele Trinkwasserleitungen waren zerstört. Wir mussten fast zwei Kilometer zum nächsten Straßenbrunnen laufen, pumpten Grundwasser hoch und schleppten Wassereimer nach Hause.

Im Winter 1946/1947 arbeitete ich als eine Art Praktikant in der Schönhauser Allee im Stadtteil Prenzlauer Berg. Ein solcher kleiner Ofen nahm jedes „Futter“ und verwandelte es in Wärme. In einem großen Büroraum standen viele Angestellte um ihn herum. Manche legten ihre Taschentücher drauf, und auch das damals klitschnasse Brot wurde auf ihm „getoastet“. Nur wenig später, 1948/1949, wurden die gerade wieder in Betrieb genommenen Öfen erneut kalt, jedenfalls in den drei Westsektoren Berlins; wegen der sowjetischen Blockade. Die Westalliierten schafften mit Flugzeugen Brennstoffe heran.

Schlimmer als kalte Räume war jedoch der Hunger. Ihn müssen wir jetzt nicht fürchten. Unser Land ist seit damals ein reiches Land geworden. Davon profitieren auch die, die



von dem Wohlstand bisher zu wenig abkommen haben.

„Du Jude!“

**Von Salomea Genin**

**(Jg. 1932 in Berlin in eine osteuropäisch-jüdische Familie geboren und im Mai 1939 nach Melbourne, Australien den Nazis entkommen, lebt seit 1958 in Berlin)**

„Ach, ist das aber ein schöner Name!“ rufen seit Jahren viele Deutsche aus, wenn sie meinen Vornamen hören. In den Augen lese ich dann die Frage: Sind Sie Jude? Aber das wagt keiner auszusprechen. Eine Historikerin in der DDR sagte mir, sie würde niemals jemand fragen, ob er Jude sei, denn dann hätte sie das Gefühl, sie würde jemand fragen, ob er TBC hat oder ein Dieb ist.

Warum reden sie immer nur von jüdischen Menschen? fragte ich mich nach meiner Rückkehr aus Australien. Das ist doch lächerlich und bizarr! Es würde doch keiner von deutschen Menschen reden! Dann fand ich die Antwort. Sie **empfinden** das Wort Jude heute noch als Schimpfwort, und dieses unbewusste Bauchgefühl ist am Abendbrottisch an die nächsten Generationen weitergegeben worden. Weil sie Juden nicht beschimpfen wollen, weichen sie auf das nichtkontaminierte Adjektiv „jüdisch“ aus.

Der Schock über den deutschen Zivilisationsbruch, als der Holocaust in aller Welt bekannt wurde, führte dazu, dass heute kaum jemand mehr ein Antisemit sein will. Gleichzeitig werden viele der stereotypen uralten Urteile über Juden, von den Großeltern und Eltern weitergegeben, nicht in Frage gestellt.

Die nächste Erkenntnis brachte mir eine Frau, die mich vor etwa 5 Jahren bei einer Lesung aus einem meiner Bücher sagen hörte: „Wer das Wort Jude als Schimpfwort empfindet, ist ein Antisemit.“ Aufgeregt, stand sie auf. „Ich habe so ein Bauchgefühl, aber ich bin doch kein Antisemit!!!“ rief sie empört aus. Lange musste ich nachdenken, bis ich ihre Wut verstand. Sie fühlte sich von

mir als Mörderin beschimpft, denn wer Antisemitismus seit Jahrzehnten immer mit Auschwitz verbindet, stellt sich darunter nur Mord vor.

Das wurde mir von einer Richterin des Oberlandesgerichts München 2015 bestätigt. Jutta Ditzfurth, die einen politischen Kolumnisten einen „glühenden Antisemiten“ genannt hatte, wurde von ihm verklagt, denn schließlich habe er ja nicht das getan, was mit den Juden im 3. Reich gemacht wurde. Die Richterin des Oberlandesgerichts folgte seiner Argumentation: Ein Antisemit sei derjenige, der »die Überzeugungen teilt, die zu der Ermordung von 6 Mio. Juden unter der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft geführt haben und die Menschen alleine auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft angreifen und für die Übel der Welt verantwortlich machen.«

Also, beginnt Antisemitismus erst bei Mord!!! Abgesehen davon weiß sie offensichtlich nicht, dass es jede Menge Juden gibt, die Atheisten sind und keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Wer ist ein Antisemit? fragte der jüdisch-amerikanische Schriftsteller Saul Bellow in seinem Roman „Herzog“ und gibt gleich die Antwort: It is someone who dislikes Jews more than normal. (Das ist jemand, der Juden noch stärker ablehnt als normal.) Diese Definition beschreibt einen etwa 200 Jahre währenden Zustand in Europa.

1879 entstand in Deutschland die „Antisemiten-Liga“, in Kassel wurde 1886 die „Deutsche antisemitische Vereinigung“ gegründet, 1889 gab es eine Antisemitentagung in Bochum. Ein vieldiskutiertes Thema damals war die „Übermacht des Judentums.“ Kommt Ihnen das heute bekannt vor?

Antisemiten sprachen ungehemmt aus, Juden nicht leiden zu können, denn sie seien nicht nur reich und hochintelligent, sie seien auch geizig, hinterhältig, trügerisch, verlogen, mauschelnd, lehnen handwerkliche Arbeiten ab, begehren besonders blonde, arische Frauen, seien Parasiten der „Wirtsvölker“ unter denen sie leben, und beherrschen heimlich viele Länder. Im Berlin der 30er

Jahre wurde Kindern der Spruch beigebracht: „Ein Jude ist eine Laus, wie die Pest im Haus“. In verschiedenen europäischen Ländern und in Australien bekam mancher aus Deutschland geflüchteter Jude solche Meinungen von so einem „Wirt“ zu hören, der nicht wusste, dass er gerade mit einem Juden sprach. Teilte man ihm mit, dass man Jude sei, wurde ihm ein freundlicher Arm um die Schulter gelegt. „Aber Dich meine ich doch nicht. Du bist in Ordnung. Nur die anderen Juden.“ 1941 erzählte mir (9 Jahre alt) eine ältere Nachbarin in Melbourne, dass die Juden im 1. Weltkrieg sich ein Monopol auf Weizen verschafft hatten, um es dann zu Höchstpreisen an die nach dem Krieg hungernden Völker zu verkaufen. Auf meine Überraschung hin meinte sie: „Was? Du weißt das nicht? Das kann man doch alles in den Protokollen der Weisen des Zion nachlesen.“ Beide wussten wir nicht, dass diese „Protokolle“ bereits 1924 als eine unsinnige Fantasie vom zaristischen Geheimdienst 1904 verfasst wurden. Warum? 1905 brach in Russland eine Revolution aus. Juden waren schon immer nützliche Sündenböcke! Auch nach 1945 setzte sich diese Tradition fort. Etwa 1960 hörte ich in Westberlin eine Jugendband der Falken (SPD), die amerikanische Volkslieder spielten und sangen. Sie waren 15 und 16 Jahre alt. Ich bot an, ihnen bei der Aussprache zu helfen. Nach einer Probe, gingen wir alle in eine Kneipe. Sie waren entspannt und erzählten einen Witz nach dem anderen. Alle sehr amüsant. Bis ich mir anhören musste: Frage: „Was ist der Unterschied zwischen einem dünnen und einem dicken Juden?“ Antwort: „Der dicke brennt länger.“ Ich erstarrte, wie immer wenn ich Antisemitismus höre, und fragte auf dem Nachhauseweg den 21-jährigen Leiter, wie es kommt, dass diese Jugendlichen einen KZ-Wächter-Witz erzählen, und wie kommt es, dass er da nicht einschreit. „Was ist denn dabei?“ fragte er leicht pikiert. „Der Witz wird doch ganz normal in allen Schulen erzählt.“ Damals war ich froh, die DDR nebenan zu haben. Ich ahnte nicht, was 1975 der Sohn einer re-emigrierten jüdischen Familie in der

DDR erleben würde. Er wurde in die Nationale Volksarmee eingezogen. Abends erzählten sich seine Kameraden im Schlafsaal antisemitische Witze. Er wagte nicht zu gestehen, dass auch er Jude sei.

Vor wenigen Wochen erzählte mir mein 19-jähriger Enkel, was in seiner Schule erzählt wurde: „Wie viele Juden passen in einen Trabant?“ Antwort: „30.004. Vier in die Sitze und 30.000 in den Aschenbecher.“

Wer weiß heute noch, dass dieser „ganz normale“ Antisemitismus der Vorläufer des Holocaust war?

In den letzten Jahren haben mir mehrere traumatisierte Deutsche erzählt, wie sie nach 1945 mit ihren Eltern nach USA emigrierten. Dort gingen sie zur Schule und wurden oft gemobbt und ausgegrenzt. Viele amerikanische Kinder hatten nämlich von ihren Eltern gelernt, dass alle Deutschen Nazis sind. So rächten sie sich für die Nazi-Verbrechen an den neu-zugezogenen deutschen Kindern! Da heute die Zu-Kurz-Gekommenen nicht Antisemiten sein wollen, weichen sie auf Flüchtlinge aus, die ihnen alles angeblich wegnehmen. Wann hört dieser Irrsinn endlich auf?



Unser Verein „Das Tagebuch - und Erinnerungsarchiv (TEA) Berlin e.V.“ konnte sich im letzten Zeitzeugenbrief vorstellen. Dafür möchten wir uns sehr herzlich bedanken.

Wir haben nach dem Erscheinen unseres Artikels viele Anrufe oder E-Mails erhalten, und

uns wurden wunderbare Dokumente angeboten. Es handelt sich nicht nur um biografische Erinnerungstexte, alte Fotos, Zeugnisse, Urkunden und Ausweise. Auch Briefe und ein Fotoalbum wurden uns übergeben. Mit diesen neuen Materialien können wir unser Archiv erweitern und ergänzen. Dafür möchten wir uns auf diesem Weg sehr herzlich bedanken und freuen uns auf weitere Erinnerungsstücke.

Diese werden wir gerne auf unserer Homepage ([www.tea-berlin.de](http://www.tea-berlin.de)) oder bei Wunsch auch in den Zeitzeugenbriefen vorstellen.

Zwei Damen haben auf unseren Anrufbeantworter (Tel. 030 65322275) gesprochen und Archivmaterial angeboten, aber leider keine Telefonnummer oder Adresse hinterlassen. Da der Anruf anonym war, können wir leider keinen Kontakt aufnehmen. Bitte rufen Sie nochmals bei uns an!

Nochmals vielen Dank und denken Sie immer daran: Werfen Sie Ihre Erinnerungen nicht weg! Ihre Sabine Musial

## In eigener Sache

❁❁❁❁❁ Gratulationen ❁❁❁❁❁

**Wir gratulieren allen im September geborenen Zeitzeuginnen, Zeitzeugen und Mitgliedern**

**04.09. Ina Dentler, 06.09. Mechtild Swinke, 08.09. Horst Kottenhagen, 08.09. Ruth Winkelmann, 11.09. Dr. Klaus Liedtke, 16.09. Evelyn Heller-Zobel, 18.09. Joachim Seegert, 19.09. Klaus Dieter Pohl, 20.09. Hans Ebel, 27.09. Annedore Kanthak**

### **Existenzangst, Wohlstandsverlust, Frieren?**

Die Angst geht um in Deutschland. Von nahezu allen Medien in wiederholter Form zur besten Sendezeit wird das Thema Kostenexplosion für Energie und Inflation im Allgemeinen aufgegriffen. Viele Bürger blicken ängstlich in die Zukunft. Was bringt der Winter? Wie hoch werden die Belastungen für den Einzelnen? Wird mein ganzes Dasein von der aktuellen Krise beeinträchtigt? Die Nachkriegskinder kennen kaum krisenartige Erscheinungen in Deutschland. Die meisten sind im Wohlstand groß geworden, mit der sicheren Gewissheit, dass von einer zur nächsten Generation der Wohlstand wächst. Unsere Kinder sollen es mal besser haben, war die Leitlinie vieler Eltern. Und in der Regel hat das dann geklappt. Aber nun? Die Älteren, die als Kinder und Jugendliche den Zweiten Weltkrieg und die schweren Nachkriegsjahre bewusst miterlebt haben, kennen andere Zeiten, können von Not, Verzicht, Hunger und Kälte erzählen. Berichten Sie von diesen Erinnerungen.

Wir Wohlstandskinder können von diesen Erfahrungen lernen, die Lage besser einordnen, Rezepte zum Umgang mit der aktuellen Situation finden. Schicken Sie Ihre Berichte (ca. 1 bis 2 Seiten) an den Zeitzeugenbrief und weiten Sie damit den Blick für uns alle auf dieses Thema.

## Ankündigungen

Am **Dienstag, den 13.09.2022** um 10 Uhr veranstalten wir gemeinsam mit der Fabrik Osloer Straße e.V. ein Zeitzeugengespräch zum Thema "**Migrationsgeschichten - Ankommen in Deutschland**". Die Veranstaltung findet im Rahmen der Festwoche zum 40-jährigen Jubiläum des Vereins in der Osloer Str. 1 statt. Zeitzeuginnen sind zwei türkeistämmige Frauen, mit denen wir über ihre unterschiedlichen Migrationserfahrungen reden werden. Die Veranstaltung ist öffentlich, der Eintritt ist frei.

**Datum:** 13.9.22 um 10:00 Uhr

**Ort:** Fabrik Osloer Straße,  
in der Osloer Str. 1 in Berlin-Wedding.

**Verkehrsverbindung:**

**U8 Pankstraße, U9 Osloer Straße, S Bornholmer Straße**

**„HALBKREIS“ am Dienstag, den 27.September 2022 um 17 Uhr**

### **Flucht ist wieder allgegenwärtig!**

Kindheitserinnerungen aus Oberschlesien an die letzten Kriegsjahre und die Flucht aus der Heimat.

Bericht eines inzwischen 85jährigen – **Peter Fieback (Jg. 1937)**-, der über 40 Jahre später in seiner ehemaligen Heimatstadt polnische Schüler in Deutsch unterrichtete.

### **Nie hätte ich gedacht, dass es mir mal so gut geht**

Mit Staatenlosigkeit im Krieg, mit Mutter im Lager. Erfahrungen von Gewalt bei Kriegsende in Berlin. Schwarzmarkt, Währungsreform, Blockade und Teilung Berlins und die Wiedervereinigung. Durch Vaters und Omas Toleranz in Religion und ihrer Hilfsbereitschaft waren Reisen in Armutsländer und nun Geflüchteten-Hilfe für mich ein reiches Leben!

Bericht von **Alexandra Horn**, Jahrgang 1939

**Ort:** Die Veranstaltung findet in der Sky Lounge des Hauses Hardenbergstraße 9a, über dem 4. OG in der Firma „Wein und Vinos GmbH“ statt (Aufzug ist vorhanden) U-Ernst-Reuter-Platz

**Moderation: Eva Geffers**

#### Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

V.i.S.d.P: Jens Spletstöhser, Redaktion: Eva Geffers, redaktionelle Mitarbeit: Elli Tellmann, Lektorat und Layout: Margot Schmezer

ZeitZeugenBörse e.V., Togostr. 74, 13351 Berlin, ☎ 030-44046378

Mail: [info@zeitzeugenboerse.de](mailto:info@zeitzeugenboerse.de) – [www.zeitzeugenboerse.de](http://www.zeitzeugenboerse.de)

Bürozeiten: Montag, Mittwoch, Freitag 10 – 13 Uhr

Redaktionsschluss ist der 15. des Monats vor jeder Ausgabe. Kürzungen und Bearbeitungen der Beiträge bleiben der Redaktion vorbehalten. Den Wunsch nach Kontrolle vor der Veröffentlichung bitte extra und mit Tel.-Nr. vermerken.

Über Spenden freuen wir uns sehr: Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33BER

IBAN: DE83 1002 0500 0003 3407 01

Typowerk Design und Druck

BODONI Vielseithof, Buskower Dorfstraße 22

16816 NEURUPPIN/OT BUSKOW

☎ 033915109095, FAX: 030-28387568, Mail: [info@bodoni.org](mailto:info@bodoni.org)

**Die ZeitZeugenBörse e.V. wird gefördert von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales**